



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

## AKTUELLE FRAGESTUNDE

## INTERROGAZIONI SU TEMI DI ATTUALITÀ

Sitzung Nr. 16

seduta n. 16

vom 4.06.2019

del 4/06/2019

**Antwort von Landeshauptmann  
Kompatscher auf die Anfrage Nr. 26/06/19,  
eingebracht vom Abgeordneten  
Repetto**

**Risposta del Presidente della Provincia  
Kompatscher all'interrogazione n.  
26/06/19, presentata dal consigliere  
Repetto**

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es ist tatsächlich so, dass die Fragen jetzt nicht mehr ganz aktuell sind, weil inzwischen die Ereignisse doch andere waren.

Zu Frage Nr. 1. Warum hat das Land nie an den Sitzungen teilgenommen? Dr. Eros Magnago war immer bei den Sitzungen dabei. Das sind die Protokolle, die das bestätigen und auch die Aussagen von Dr. Magnago in der Sitzung selbst. Wir haben an den Sitzungen sehr wohl teilgenommen.

Zu den anderen Fragen, wo es darum ging, wie es jetzt mit der Schließung weitergeht. Es gibt das Dekret der Konkursrichterin, welches den Verfall des Angebots erklärt hat, weil das Angebot verspätet eingegangen ist. Ich sage es ganz offen. Die Begründung ist darüber hinausgegangen, weil gesagt worden ist, dass das Land nicht bereit gewesen wäre, weiterhin für die Verlängerung zu sorgen. Ich sage, das wird nicht die Begründung sein können. Es ist zwar so drinnen gestanden. Das hat auch für sehr viel Unmut gesorgt, aber letztlich ist das eine Entscheidung darüber, ob sie seriöser oder nicht seriöser sind. Diese haben nicht innerhalb des Termins bezahlt und wir haben selbstverständlich gesagt "ci risiamo". Wir hatten schon einmal den Fall Pugliese und wir haben gesagt, dass wir nicht bereit sind, dass sich das ewig in die Länge zieht. Wenn diese seriös gewesen wären, dann hätte sich die Richterin auch darauf verlassen können, dass sie den Betrag bezahlen. Dann hätte man auch die Arbeiter bezahlen und weitermachen können und nicht das wieder auf das Land abwälzen. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ganz klar sagen. Deshalb haben wir gesagt, dass wir nicht bereit sind, noch einmal Steuergelder zu übernehmen, weil wir auf der anderen Seite immer wieder schön den Rechnungshof stehen haben. Es gibt auch Eingaben aus diesen Reihen am Rechnungshof und da sind wir zwischen Amboss und Hammer. Zum einen sagt man, Ihr müsst in diese Richtung arbeiten, zum anderen in die andere Richtung, aber jeweils steht dann der Rechnungshof sei es bei der einen oder bei der anderen Variante dabei, wobei es nicht sehr angenehm ist, so zu arbeiten.

Fakt ist, dass wir dann mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung, die von allen Gewerkschaften unterschrieben wurde, hatten. Die Gewerkschaften haben richtigerweise immer betont, wir dürften nicht direkt mit den Mitarbeitern verhandeln. Das ist auch so. Solange es eine Gewerkschaftsvertretung gibt, ist

das so richtig. Darüber wird mit den Gewerkschaften verhandelt, die betont haben, sie sprechen für die Gewerkschaften. Unser Problem war es, nachdem wir die Vereinbarung unterschrieben hatten, dass die Mitarbeiter gesagt haben, diese Gewerkschaften vertreten uns nicht. Schöne Misere! Das kann man, glaube ich, nicht – das ist mir hier ganz wichtig zu sagen – der Landesverwaltung anlasten. Das ist ein sehr außerordentlicher Fall. Man ist per Gesetz gezwungen, mit den Gewerkschaften zu sprechen; ich betone das. Wir dürften gar nicht mit den Arbeitern verhandeln, wenn es eine Gewerkschaftsvertretung gibt. Dann stellt sich aber heraus, dass alles für die Katz ist, weil die Arbeiter sagen, das schert uns nicht. Ich habe in den Medien die Kritik an der Landesregierung ziemlich verfolgt und habe gefragt: Entschuldigung, was hat hier die Landesregierung falsch gemacht? Wir konnten und durften nur mit den Gewerkschaften verhandeln. Diese haben unterschrieben und wir hatten die perfekte Lösung, wie das entsorgt, entleert und geschlossen wird. Die Arbeiter haben das anders gesehen. Wir haben dies übrigens am späten Abend und nicht einmal von den Gewerkschaftern selbst erfahren. Das darf ich Ihnen an dieser Stelle auch noch erzählen, weil mich das wirklich sehr geärgert hat. Wenn so was passiert und ich die Gewerkschaftsvertretung habe und zuerst erklärt habe, ich unterschreibe für die Mitarbeiter und dann hat das am Ende keine Folgen, und zwar in dem Sinne, dass sich die Mitarbeiter daran halten. Dann habe ich wenigstens die Größe, das mitzuteilen und zu sagen, wir haben ein Problem. Wir mussten das über Umwege erfahren. Wir wollten dann sofort die Gewerkschafter kontaktieren, aber diese waren den ganzen Abend unauffindbar.

Deshalb die Entscheidung kurzfristig, jetzt müssen wir mit den Arbeitern reden. Und dann ganz klar auch die Tatsache, dass die Sicherheit vorgeht, denn die Sicherheit muss gewährleistet werden. Deshalb auch die Entscheidung mit der Konkursrichterin gemeinsam. Dann gibt man noch diese Möglichkeit, denn diese ist im Raum gestanden. Das war der Grund, wo die Mitarbeiter sagen, man hätte das ja tun können. Aus unserer Sicht nicht, aber in dieser Situation ist das okay. Dann sollen sie beweisen, dass sie seriös sind. Sie haben 10 Tage Zeit, die Kosten vorzustrecken. Das war eben in den Mitteilungen dieser Araber nicht klar, wie das immer behauptet worden ist. Da steht einmal "disposti ad anticipare le spese". Das kann so oder anders interpretiert werden. In einem anderen Fall ist das anders drinnen gestanden. Deshalb haben wir gesagt, das erinnert uns sehr stark an die Pugliese-Situation. Diese 10 Tage – 3 davon sind schon verstrichen – gehen bis zum kommenden Montag. Der Termin ist dann laut Zivilrecht der Dienstag, denn der Montag ist bei uns ein Feiertag. Dann wird der Dienstag auch noch als Termin gelten. Das ist eine allgemeine Rechtsbestimmung. Wenn das bis dahin bezahlt ist, dann gibt es bis zum 30. Juni noch die Möglichkeit, den Kaufbetrag von 4,5 Millionen zu hinterlegen.

Das ist alles ein Verfahren, das nicht das Land abwickelt; das auch noch einmal. Hier müsste man die Rollen schon klar unterteilen. Mich hat in den letzten Wochen einiges an Berichten und auch an Kommentaren sehr gestört. Wir sind nur für die Sicherheit zuständig. Wir haben in Bezug auf die Industriepolitik des Landes die Vorstellung, dass ein solches Unternehmen nicht unbedingt langfristig in unser Konzept passt. Das hat einen enormen Energieverbrauch. Die Produktion ist mit Sicherheitsrisiken verbunden. Wir haben eh schon Vollbeschäftigung. Deshalb stellt sich die Frage, ob das langfristig Sinn macht. Das ist aber momentan nicht relevant, denn wir haben nicht darüber zu entscheiden, ob das Unternehmen einen Käufer bekommt. Die Konkursrichterin, damit das auch nicht missverstanden wird, und das ist keine Kritik, hat per Gesetz die Vorgabe, solange wie möglich und mit allen Mitteln einen Käufer zu finden, damit man das auch versteht. Was haben wir hier? Einen Zielkonflikt. Die Konkursrichterin muss per Gesetz einen Käufer finden. Wir sagen eigentlich, es gäbe wahrscheinlich andere Lösungen. Und die Situation ist jene, dass man jetzt noch schaut, ob es diesen Käufer gibt.

Beim Anbieter – das haben wir inzwischen vom Konkursverwalter erfahren – handelt es sich um eine Person, die hinterlegt hat und sagt, ich suche einen Investor. Das ist die Situation und nicht, da gibt es ein Unternehmen, sondern die Erklärung war ganz klar – das ist uns auch bestätigt worden –, dass es solche Unternehmen gibt, die bei allen möglichen Versteigerungen mittun, einmal hinterlegen und dann sagen, da finde ich schon jemanden und kriege wahrscheinlich eine Provision oder so etwas. Das sucht einen Investor. Deshalb war einiges an Kritik an der Landesregierung vielleicht doch etwas vorschnell in Unkenntnis der Sachlage, möglicherweise vielleicht gar nicht böse gemeint. Ich meine jetzt nicht den Kollegen Repetto, sondern es hat einige andere gegeben, die sich hier sehr laut geäußert haben und vielleicht die Hintergründe nicht im Detail gekannt haben.

Wie geht es denn weiter? Es wird bezahlt, nämlich beide Beträge: 500.000 Euro innerhalb 10. Juni, 4,5 Millionen innerhalb 30. Juni. Dann wird das Konkursgericht den Betrieb zuweisen und ab diesem Moment gibt es sämtliche Verantwortung sei es für die Sicherheit als auch für die Einhaltung aller Auflagen



usw. Zuweisung dem Zuschlagsempfänger, dem Käufer, sonst gemäß Vereinbarung dieses Mal auch mit den Mitarbeitern selbst, die restliche Entleerung und Schließung des Betriebes.